

EP-U-01-151 Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 151 bis 160:

~~Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Doch die geplante Gaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee, die von Russland und der deutschen Bundesregierung vorangetrieben wird und die osteuropäischen und baltischen Staaten nicht miteinbezieht, konterkariert dieses Ziel und widerspricht dabei auch der gemeinsamen europäischen Energieunion. Zudem ist Nord Stream 2 – wie auch neue Pipeline- und Fracking-Projekte in anderen Ländern – klimapolitisch falsch, stellt die europäische Solidarität in Frage und ist für die Ukraine politisch desaströs. Deshalb muss es gestoppt werden. Wir brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz.~~

Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander verbunden. Europa muss eine zukunftsgerichtete, nachhaltige Energiepolitik verfolgen. Sofern für den Übergang und zur Regulierung von Schwankungen in der regenerativen Energieversorgung der Einsatz von Erdgas erforderlich ist, muss die klimafreundlichste Variante gewählt werden. Die Belieferung Europas über LNG-Terminals, die zudem das Einfallstor für Frackinggas wären, würde die klimabelastende Wirkung der Verwendung von Erdgas als Energieträger verschärfen. Deshalb müssen sie gestoppt werden. Aber auch die Versorgung durch Pipelines, einschließlich der geplanten Nord Stream 2, darf nicht zum aufschiebenden Faktor in der Energiewende werden. Auch hier gilt: Wir brauchen nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und Energieeffizienz. Die starke Abhängigkeit Russlands von klimaschädlichen Energieexporten muss in einer gemeinsamen Anstrengung Europas, einschließlich Russlands, überwunden werden.

Begründung

Man muss die Dinge climatechnisch und überhaupt (Fracking) umweltbezogen nicht noch schlimmer machen, als sie es ohnehin schon sind.

http://www.eeb.cornell.edu/howarth/publications/Howarth_2014_ESE_methane_emissions.pdf

Es ist nicht zu übersehen (Anspielung auf osteuropäische Staaten, Baltikum, Ukraine), dass es sich hier nicht um Energie-, sondern um außenpolitische Erwägungen handelt. Was wir brauchen, sind gesamteuropäische Perspektiven für die Energiewende bis zum Ural und darüber hinaus.

weitere Antragsteller*innen

Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Harms-Friedrich Windmüller (Segeberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Kerstin Dehne (München KV); Walther Moser (Freiburg KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Sava Stomporowski (Bonn KV); Gregor Kaiser (Olpe KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV)